



„Gesundheit ist kein Reizthema“

Was die Ampelkoalition für die medizinische Versorgung bedeutet

Die Zeichen stehen auf Ampel. Bei Redaktionsschluss dieses Hefts war eine Koalition von SPD, Grünen und FDP die wahrscheinlichste Variante für die Bildung einer neuen Bundesregierung. Doch was bedeutet dieses Bündnis für die medizinische und zahnmedizinische Versorgung?

Auf den ersten Blick scheinen die Wahlprogramme der drei Parteien in diesem Bereich unvereinbar. Während SPD und Grüne die Bürgerversicherung anstreben, spricht sich die FDP klar für den Erhalt des dualen Systems von GKV und PKV aus. „Wir stehen für ein solidarisches und duales Gesundheitssystem, in dem die Wahlfreiheit der Versicherten durch Krankenkassen- und Krankenversicherungsvielfalt gewährleistet ist. Dazu gehört neben einer starken privaten auch eine freiheitliche gesetzliche Krankenversicherung“, heißt es im Wahlprogramm. Doch an dieser Frage dürften die Koalitionsverhandlungen kaum scheitern. Denn auch die bisherige schwarz-rote Bundesregierung hat es geschafft, um das heiße Eisen Bürgerversicherung einen großen Bogen zu schlagen. Zu Beginn der Legislaturperiode wurde eine Arbeitsgruppe gebildet, die Vorschläge für eine Zusammenführung der privaten und gesetzlichen Gebührenordnungen machen sollte. Auf das Ergebnis warten wir bis heute. Vieles deutet darauf hin, dass es bei der Ampelkoalition ähnlich laufen wird. Selbst eingefleischten Befürwortern der Bürgerversicherung ist klar, dass etliche rechtliche Hürden eine rasche Umsetzung dieses Projekts erschweren. So haben die privaten Versicherungsunternehmen

hohe Altersrückstellungen für ihre Mitglieder gebildet, die man nicht einfach enteignen und einer Einheitsversicherung zuschlagen kann. Schlimmstenfalls würde das Bundesverfassungsgericht einen Riegel vorschieben. Austrocknen könnte man die PKV allerdings, indem man Versicherten den Zugang erschwert beziehungsweise unmöglich macht. Da schon heute der Großteil der Privatversicherten Beamte sind, könnte sich der Staat damit aber ins eigene Fleisch schneiden. Bekanntlich müssen Arbeitgeber knapp 50 Prozent des Beitrags zur Krankenversicherung übernehmen. Das würde bei gutverdienenden Beamten zu erheblichen Mehrausgaben für den Fiskus führen.

Keine radikalen Schritte

Beim Gesundheitswirtschaftskongress, der Ende September in Hamburg stattfand, waren sich die teilnehmenden Experten einig, dass es auch mit neuen politischen Mehrheiten keinen radikalen Schritt in Richtung Bürgerversicherung geben werde. Ein Wechsel könne nur schrittweise erfolgen.

Die „Ärzte Zeitung“ rechnet deshalb nicht damit, dass die Gesundheits- und Pflegepolitik zu den großen Reizthemen bei den Koalitionsverhandlungen zählen wird, obwohl es „erhebliche programmatische Differenzen“ zu überbrücken gebe. Sie verweist darauf, dass auch die FDP für einen stärkeren Wettbewerb der Kassen untereinander plädiert. AOK, Barmer & Co. sollen ihren Versicherten mehr Optionen für Selbstbeteiligungen, Bonuszahlungen oder Beitragsrückerstattungen geben.

Bürgerversicherung ist Ideologie

Vor den Auswirkungen der Bürgerversicherung warnt der Gesundheitsökonom Prof. Dr. Günter Neubauer. „Unter ökonomischen Gesichtspunkten bringt es nichts. Bei Bürgerversicherung geht es um Ideologie“, wird Neubauer von der „Ärzte Zeitung“ zitiert. Die wirtschaftliche Betrachtungsweise verdeutlicht er am Beispiel der ambulanten Radiologie. Dort würde der Wegfall der PKV-Einnahmen dazu führen, dass die Praxen mehr Zahlungen verlangen müssten. Zugleich müssten sie die Laufzeit ihrer Maschinen deutlich verlängern – mit der Folge, dass der Versichertengemeinschaft neue, strahlungsärmere Maschinen erst mit deutlicher Verspätung zur Verfügung gestellt werden könnten. Hinzu käme: Einzelpraxen würden sich bei geringeren Einnahmen und als Folge weniger Gewinn nicht mehr halten können, große Ketten würden den Markt unter sich aufteilen. Die Versorgung würde sich somit voraussichtlich verschlechtern.

Freie Vertragsgestaltung

Auch Dr. Christian Öttl, frisch gewählter stellvertretender Bundesvorsitzender des Freien Verbands Deutscher Zahnärzte (FVDZ) und stellvertretender Vorsitzender der Vertreterversammlung der KZVB, sieht die Bürgerversicherung höchst kritisch: „Aufgabe des Freien Verbands wird es sein, den Kolleginnen und Kollegen noch stärker als bisher die Auswirkungen einer Bürgerversicherung auf ihre Praxis zu erläutern. Dabei geht es nicht darum, dass wir eine Blockadepolitik fahren, sondern

darum, sich für eine freie Vertragsgestaltung einzusetzen, damit Zahnärztinnen und Zahnärzte auch in Zukunft für ihre Patienten eine Besserversorgung abrufen können und nicht nur eine Basisversorgung. Am Ende muss der mündige Bürger als Patient frei wählen können, welche Versorgung er wünscht, statt dass die Politik ihm vorschreibt, was er im Mund haben darf.“

Das Argument, die Bürgerversicherung würde die „Zwei-Klassen-Medizin“ beseitigen, lassen Experten nicht gelten. Professor Christian Schmidt, derzeit freigestellter Vorstandsvorsitzender der Rostocker Universitätsmedizin, rechnet laut „Ärzte Zeitung“ damit, dass seine Kollegen Wege finden werden, diese Verluste auszugleichen. Da sich gutverdienende Patienten Leistungen außerhalb der Solidargemeinschaft auch künftig leisten könnten, würde dies den Weg in eine Zwei-Klassen-Medizin eher befördern.

Das dürfte auch für die Zahnmedizin gelten. Bekanntlich werden neue Verfahren und Materialien in den meisten Fällen

erst als GOZ-Leistung angeboten, ehe sie, wenn überhaupt, eines Tages in den Bema aufgenommen werden. Hinzu kommt,



„Zahnärztinnen und Zahnärzte sollen auch in Zukunft für ihre Patienten eine Besserversorgung abrufen können und nicht nur eine Basisversorgung“, fordert der stellvertretende FVDZ-Bundesvorsitzende Dr. Christian Öttl.

dass mittlerweile über 16 Millionen Deutsche eine Zahnzusatzversicherung abgeschlossen haben. Wie eine Zusammenführung von Bema und GOZ funktionieren könnte, darüber gibt es von den künftigen Koalitionären bislang keine Aussage.

BLZK und KZVB haben sich in Sachen Bürgerversicherung klar positioniert. Die wichtigsten Forderungen und Argumente sind auf der Website kzvb.de/presse/ bundestagswahl zusammengetragen. Alle bayerischen Bundestagsabgeordneten haben zudem einen persönlichen Brief von den beiden Körperschaften erhalten, der nicht nur eine Reisezahnbürste, sondern auch einen Forderungskatalog beinhaltet.

Kurz vor Redaktionsschluss dieser Ausgabe wurden die Ergebnisse der Sondierungsgespräche von SPD, Grünen und FDP veröffentlicht. Darin enthalten die klare Aussage: „Die gesetzliche und die private Krankenversicherung bleiben erhalten“. Die Warnungen nahezu aller Experten zeigten also offensichtlich Wirkung.

Leo Hofmeier

„Grüne Handschrift ist blass“

Stimmen zur Ampel

Die Ampel-Koalition wird in den Medien intensiv diskutiert. Wir haben einige Kommentare zusammengetragen:

Frankfurter Allgemeine Zeitung

„Wer hörte, wie ihre Vertreter sich wechselseitig lobten und vom Geist der Gemeinsamkeit und der wechselseitigen Achtung schwärmten, der ihre Gespräche durchzogen habe, kann sich eigentlich nur noch fragen, warum die drei Parteien im Bund erst im Jahr 2021 zueinandergelassen haben. Wie tragfähig die neue politische Kultur ist, die sie schon begründet haben wollen, wird man erst wissen, wenn die Flitterwochen vorbei sind.“

tageszeitung

„Die grüne Handschrift ist insgesamt blass. Das Klimakapitel steht zwar weit oben in dem Ampel-Papier. Und das 1,5 Grad Ziel wird als „unsere zentrale gemeinsame Aufgabe“ definiert. Doch bei der Frage mit welchen Instrumenten dies erreicht werden soll, ist das Bild noch schwammig.“

Mittelbayerische Zeitung

„Das Positionspapier der Koalitionäre atmet das Motto: jeder bekommt etwas, was ihm besonders am Herzen liegt, aber nicht jeder bekommt alles. Doch bereits jetzt lassen die drei Partner die sich selbst zerfleischende und kopflose Union alt aussehen.“

Nürnberger Nachrichten

„Kommt die Ampel, steht das Land, wie es FDP-Chef Lindner pathetisch formuliert, vor einer „Zäsur in der politischen Kultur“. Denn diese Kultur stand bislang, wenn es um neue Bundesregierungen ging, für den kleinsten gemeinsamen Nenner. SPD, Grüne und FDP wollen mehr. Ob das Schmieden einer derart mutigen Allianz tatsächlich gelingt, müssen die kommenden Wochen zeigen.“

Stuttgarter Nachrichten

„Grüne und Gelbe haben im politischen Speeddating ihre Chance virtuos genutzt, sich von Beginn an als treibende Kraft dieser öko-sozial-liberalen Koalition in Szene zu setzen.“